

Leiharbeit – Tarif-Erfolg braucht Unterstützung durch linke Politik

von Kai Burmeister

„In den letzten Monaten haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren: Wir haben die (.) Leiharbeit von bürokratischen Beschränkungen befreit und so aufgewertet, dass die Unternehmen ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften flexibel decken können.“ Diese Worte aus der Agenda-Regierungserklärung haben tatsächlich die angekündigte Flexibilität gebracht. Ist der Auftragsbestand hoch, wächst Leiharbeit. Geht es konjunkturell bergab, werden die Beschäftigten ganz unbürokratisch abgemeldet. Wer sich heute mit betroffenen Beschäftigten unterhält und dabei zuhört, der versteht, wie sich einseitige Flexibilität auswirkt. Persönlich ist mir ein Satz hängen geblieben: „Mit wenig Geld komme ich schon zurecht, aber die ständige Unsicherheit frisst mich auf.“ Die Folgen marktgesteuerter Flexibilität reichen weit über das Wirtschaftsgeschehen hinaus, persönliche Enttäuschung und Verbitterung mit allen seinen Auswirkungen gehören ebenso dazu.

Fuß in der Tür

In der Tarifrunde ist die IG Metall damit erfolgreich gewesen, Leiharbeit gesellschaftlich breit zu thematisieren und in Ansätzen zu regulieren. Der Wert ist zunächst darin zu sehen, prekäre Arbeitsbedingungen öffentlich gemacht zu haben und für Änderungen eingetreten zu sein. Im Tarifergebnis konnte qualitativ etwas erreicht werden: Betriebsräte sollen bei Einsatzbedingungen und Bezahlung stärker mitbestimmen. Viel wird davon abhängen, inwieweit Stamm- und Randbelegschaften betrieblich Druck aufbauen können. Zudem konnte ein Branchenzuschlag erreicht werden, der zwar noch weit von Equal Pay entfernt ist, der mit



↳ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär.

Foto: privat

steigender Beschäftigungszeit jedoch höhere Löhne vorsieht. Im Ergebnis wurde den Metall-Arbeitgebern abgerungen, Leiharbeit aus ihrer alleinigen Entscheidungsfreiheit herauszulösen. Angesichts des gewaltigen Ausmaßes von prekärer Arbeit ist die Reichweite tariflicher Regelungen nüchtern einzuschätzen. Der Einstieg in die Regulierung ist bei Metall geschafft, das Problem aber weder in der Breite noch in der Tiefe gelöst. Die gewerkschaftliche Kampfkraft reicht in den Branchen zudem unterschiedlich weit, ergänzende Politik ist entsprechend notwendig.

Politische Regulierung unerlässlich

Das ahnen auch die Arbeitgeber und errichten verbale Haltelinien und suchen gleichzeitig nach Auswegen in Form von Werkverträgen. Gesamtmetall-Chef Kannegießer spricht von einer Befriedung der Leiharbeit und warnt Berlin vor weiteren Einschränkungen. Genau dies wird aber für Gewerkschaften und für linke Politik entscheidend sein. Tarif und Gesetz müssen sich ergänzen – sie stehen nicht in Konkurrenz. Das Eingangszitat macht deutlich, dass vor allem die SPD in der Pflicht steht, den Wert von Arbeit wieder zu stärken. Dazu gehören die gesetzliche Umsetzung von „gleiche Arbeit, gleiches Geld“, ein Verbot der Ausweichmöglichkeiten von Leiharbeit in (Schein)-Werkverträge sowie die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Insgesamt erweist sich die sozialstaatliche Gestaltung von Erwerbsarbeit (Gute Arbeit) als Kristallisationspunkt für fortschrittliche Politik nach der Wahl 2013. Die Vorarbeit muss jetzt geleistet werden. ■